



Finanziert durch das  
Programm Erasmus+  
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche  
Institut für Geschichte,  
Stiftung Universität Hildesheim**

**Professor Dr. Andreas Wilkens  
Willy Brandt, Europa und die deutsche Frage  
8.6.2015**

---

**Zum Referenten**

*Andreas Wilkens ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Paul Verlaine in Metz/Frankreich. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der europäischen Integration, die deutsch-französischen Beziehungen sowie der Kalte Krieg und die Entspannungspolitik.*

**Vortrag**

Der Referent gliedert seinen Vortrag in zwei Teile. Zunächst stellt er langfristige Perspektiven im Leben und der politischen Arbeit Willy Brandts vor, um in einem zweiten Teil auf einzelne Aspekte seiner Politik näher einzugehen.

Zuweilen spricht man von vier Karrieren Brandts: 1. Frühes politisches Engagement, Widerstand und Exil, 2. Rückkehr nach Deutschland, Aufstieg in Berlin, Berliner Bürgermeister, 3. Außenminister und Bundeskanzler (1966-1974) in Bonn, 4. ab 1974 internationales Engagement an der Spitze der Sozialistischen Internationale (1976 bis 1992) sowie sein Interesse für Nord-Süd-Beziehungen. Interessant ist die Frage nach den Kontinuitätslinien, die sich durch alle Perioden seines 60 Jahre währenden politischen Engagements ziehen. Der Referent geht auf drei Elemente näher ein: Brandts Basis war stets die Verankerung in der Sozialdemokratie, im undogmatischen demokratischen Sozialismus. Eine nachhaltige Prägung erfuhr er im skandinavischen Exil – zwölf Jahre in Norwegen und Schweden (1933 - 1945) – wo er in eine offene demokratische Gesellschaft hineinwuchs.

Brandt misstraute dem radikalen Umbruch und trat stets für graduelle Veränderungen dauerhafter Art ein. Anders als Kurt Schumacher empfahl er in den Anfängen der europäischen Politik, nicht auf perfekte europäische Pläne zu setzen, sondern unter den jeweils gegebenen Bedingungen an Teilfortschritten zu arbeiten. Das war 1949/50. Zwanzig Jahre später empfing Brandt als Bundeskanzler das Aktionskomitee für das Vereinigte Europa, die Arbeitsgemeinschaft um Jean Monnet herum, und formulierte seine Faustregel für Europa: Jetzt tun was möglich ist. Aus dem Bereich der Deutschlandpolitik in den frühen 1960iger Jahre kennen wir das Wort von der Politik der kleinen Schritte. Brandt wollte nicht auf perfekte Pläne warten, denn er war davon überzeugt, dass in keinem Politikbereich je das letzte Wort gesprochen werden würde. Politik war für Brandt ein offener und ständig in Bewegung befindlicher Prozess, in dem immer noch bessere Lösungen gefunden werden können.

Sein politisches Lebensthema war die Sicherung des Friedens, zunächst im Zeichen des Kalten Kriegs für das geteilte Deutschland und Europa, später auch in anderen Kontexten und anderen Teilen der Welt. Die Überlegungen zu einer künftigen Ordnung für Europa begannen bei Brandt nicht erst mit dem Aufbrechen des Ost-West-Konfliktes, sondern bereits vor Ende des Krieges im Exil. Der Nationalstaat, so Brandt, würde Bestand haben, hätte sich aber einzufügen in größere Einheiten, die in der Lage wären angemessene Lösungen zu liefern und Regeln durchzusetzen. Knapp 30 Jahre



Finanziert durch das  
Programm Erasmus+  
der Europäischen Union



später kam er in seinen Reden vor dem europäischen Parlament und der UN-Vollversammlung auf diese Ideen zurück und sprach dabei auch von einer notwendigen Weltinnenpolitik angesichts der steigenden Interdependenzen. Mit der deutschen Einigung war die deutsche Frage zwar gelöst, die europäische Einigung aber eher drängender geworden und darüber hinaus eine gesamteuropäische Architektur - ein von Brandt häufig verwendeter Begriff. Das war das Thema seiner letzten öffentlich gehaltenen Rede im Mai 1992 in Luxemburg. Manche der zentralen Themen und Methoden Brandts hatten zeitlich tiefe Wurzeln.

Der Referent stellt im Folgenden einzelne Aspekte der Politik und Persönlichkeit Brandts vor. Er gibt zu bedenken, dass Brandt rückblickend zu den großen Kanzlern der Bundesrepublik gehört, darüber aber keineswegs immer ein Konsens bestand. Seine Person wie seine Deutschland- und Ostpolitik waren umstritten. Seine Person wurde insbesondere in den 60iger Jahren in politische Polemiken hineingezogen. Es gab in seiner Biographie Ereignisse, die einer Karriere durchaus hinderlich waren: Aufenthalt im Exil, uneheliche Geburt, aus einfachen Verhältnissen stammend. Er musste sich gegen viele Vorbehalte auch in der eigenen Partei nach oben kämpfen.

Brandt war ein deutscher Weltbürger und Europäer. Auf Grund seines Lebenswegs hatte er auch einen Blick von außen auf Deutschland. Er konnte sich mit Staatschefs in französischer, englischer, spanischer sowie norwegischer Sprache unterhalten und nahm die Sensibilitäten des Auslands gegenüber Deutschland wahr.

Brandt identifizierte sich mit der deutschen Frage und der neuen Ostpolitik zur Normalisierung des deutsch-deutschen Verhältnisses – aber er hat auch eine Politik für die westeuropäische Einigung durchgesetzt. Das war für ihn kein Widerspruch, denn in seiner gesamteuropäischen Vision gehörten Ost- und Westpolitik, europäische Integration und deutsche Frage zusammen. Das war in der SPD nicht immer so. In den 1950er Jahren meinte man, die westeuropäische Integration würde die Wiedervereinigung erschweren. Brandt rechnete in beiden Politikbereichen mit langen Fristen. Europa konnte nicht in fünf oder zehn Jahren geschaffen werden und daher in deutsch-deutschen Angelegenheiten nichts verhindern.

Brandt hat in Osmose mit den Stimmungen in der Gesellschaft seine Politik gestaltet, gerade auch die Ost- und Deutschlandpolitik, die nicht allein von ihm und Egon Bahr entwickelt wurde, sondern auch im Austausch mit Presseorganen, den Kirchen u.a. gesellschaftlichen Kräften.

Brandt hat als Bundeskanzler das Bild Deutschlands im europäischen Ausland verändert, weil er für das andere, das bessere Deutschland stand.

Bemerkenswert ist während des Exils seine vollständige Integration in das norwegische Leben. Er hatte die norwegische Staatsangehörigkeit angenommen, nachdem Hitler-Deutschland ihm die deutsche aberkannt hatte, hat die Sprache gelernt, als Journalist gearbeitet und ist in kurzer Zeit zum Norweger geworden. Die Exilanten, die nach London oder in die USA gingen, sind häufig entwurzelt worden und hatten Probleme ihren Lebensweg produktiv fortzusetzen.

Ein entscheidender Schritt und eine deutliche Bereitschaft zur Risikoübernahme war Brandts Entscheidung den zweiten deutschen Staat anzuerkennen. In seiner ersten Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 sprach er von zwei Staaten in einer Nation. Das wurde in Deutschland kritisiert weil er sozusagen eine Vorleistung erbracht hatte.

Mit dem Wahlsieg der SPD 1972 war Brandt auf dem Höhepunkt seiner Karriere, denn die erste Wahl 1969 war eher eine Karl-Schiller-Wahl und Brandt noch nicht unbestritten die Führungsfigur der SPD. 1972 war die Wahl allein auf ihn zugeschnitten und man kann sie als Plebiszit für die neue Ostpolitik interpretieren.

Die Ostpolitik war eine geplante, intellektuell ausgearbeitete Politik. Seit 1955 bestand eine Minimalbeziehung zur Sowjetunion, die Adenauer nicht vertiefen wollte, wegen der guten Beziehungen zu den anderen Siegermächten. 1960 sagte Brandt auf einem Parteitag: „Wir können uns eine selbstbewusste Ostpolitik leisten.“ Das war noch vor dem Mauerbau und stellt in Frage, dass Brandt u.a. erst nach dem Mauerbau über eine Ostpolitik nachdachten. Brandt war der Meinung, die selbstbewussten Demokratien müssten keine Angst vor den kommunistischen Regierungen haben. Angst haben müssten die Diktatoren im Osten, die etwas zu verlieren hätten, wenn die Grenzen geöffnet würden. Im Zitat enthalten ist auch der Appell für eine aktive Politik.

Brandt schockierte am Mauerbau auch die mangelnde Reaktion der Alliierten, die erst mit Verzögerung und sehr moderat einsetzte. Ihre Passivität verstand Brandt als Aufforderung selbst aktiv zu werden und eine Konzeption zu entwickeln, die von deutschen Interessen ausging. Sein Ansatz war, dass eine kurzfristige Einheit nicht

möglich sei, angesichts einer hochgerüsteten Sowjetunion, die an ihrem deutschen Staat festhielt. Die deutsche Teilung konnte auch nur im europäischen Rahmen überwunden werden, denn alles was Osteuropa und Westeuropa zusammenbrachte, brachte auch Ostdeutschland und Westdeutschland zusammen. Im Zentrum der Politik standen menschliche Erleichterungen, angefangen mit Besuchsregelungen. Brandt interessierte weniger, dass damit der Status der Ostberliner Behörden anerkannt wurde.

Egon Bahr, Freund, Partner und enger Mitarbeiter Brandts, hielt am 15. Juli 1963 in Tutzing eine historische Rede, in der er die Blaupause für die spätere Ostpolitik vorlegte. Bahr sagte, wir bleiben in einem Systemgegensatz, aber wenn wir einen Dialog haben wollen, müssen wir damit zurechtkommen und in Verhandlungen treten mit den ostdeutschen Behörden – was schon einen gewissen Grad an Anerkennung implizierte. Häufig wird diese Rede als die Geburtsstunde der Ost- und Deutschlandpolitik betrachtet.

Es war wichtig für die Realisierung der Konzeption Brandts, dass er Beziehungen pflegte zu Politikern, die teilweise ähnlich dachten wie er. So zu John F. Kennedy, der auch über Wege der Entspannung nachdachte. Wenn sich die USA verweigert hätten, wäre Brandts Politik schnell am Ende gewesen. Ähnlich war das Verhältnis zu de Gaulle, der 1963 auch eine aktive Ostpolitik begann und sich zum Vorreiter der Entspannungspolitik in Europa machte.

Die deutsche Ostpolitik begann nicht 1969. Es gab Ansätze in der großen Koalition, als Brandt Außenminister war und Kiesinger Kanzler. In dieser Zeit wurden zum Beispiel diplomatische Beziehungen zu Rumänien aufgenommen. Aber die große Koalition hatte ihre Grenzen, die Mehrheit der CDU war nicht zur Anerkennung der DDR bereit.

Eine wichtige Frage war auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auf die Brandt sich 1968 zubewegte, was aber in der deutschen Öffentlichkeit noch sehr umstritten war. 1965 war nur eine kleine Minderheit für die Anerkennung, 1969 war fast die Hälfte dafür, weil die Rückgewinnung der ehemaligen Ostgebiete illusorisch geworden war.

Als Brandt im September 1969 gewählt wurde, brachte Bahr zu Papier, was die Strategie der Ostpolitik sein könnte. Beide gingen von einer Erosion des Ostblocks aus, was die Möglichkeit gab, etwas positiv zu gestalten. Das weitere Auseinanderleben der Deutschen sollte verhindert werden, ein möglicher Austausch trotz Teilung ein Zusammengehörigkeitsgefühl gewährleisten. Was fehlt ist der Begriff Wiedervereinigung, denn die lag außerhalb der Vorstellungen.

Brandt war der richtige Mann dafür die europäischen Nachbarn von der Friedfertigkeit seiner Politik zu überzeugen. Man kannte ihn als Regierenden Bürgermeister und als Außenminister, der für die europäische Einigung eingetreten war. 1969 sagte er, die Bundesrepublik müsse ihre Politik nicht unter die Vormundschaft der Westmächte stellen. Er stand für Selbstbewusstsein ohne nationalen Überschwang und hatte schon jahrzehntelang den Beweis angetreten, dass er die deutschen Interessen vertrat aber nicht überzog.

Die Ostpolitik wurde zwischen 1969 und 1973 in mehrere Verträge gegossen, aber auch Brandts Kniefall in Warschau gehörte zur Ostpolitik. Damals sah eine knappe Mehrheit der Deutschen den Kniefall kritisch, heute wird er als Jahrhundert-Geste interpretiert.

Der Referent fasst die Philosophie der Ostpolitik zusammen. Es ging um erste Schritte auf bilateraler Ebene mit der DDR, mit Polen und der Tschechoslowakei, um in einer zweiten Phase zu einer Multilateralisierung zu kommen, zur Entspannungspolitik im gesamteuropäischen Rahmen. Es sollten nur Vorstufen sein, um einen längeren Prozess in Kraft zu setzen, der zu mehr Zusammenarbeit und Vertrauen zwischen Ost und West führen sollte, symbolisiert durch die KSZE, die 1975 zum Helsinki-Dokument führte, in dem sich die europäischen Staaten verpflichten demokratische Rechte einzuhalten, was für die Sowjetunion schwierig war, worauf sich aber Bürgerbewegungen in Polen, der DDR und der Tschechoslowakei berufen konnten.

Man kann darüber nachdenken, ob es nicht auch ein Hebel war, der die Regime in Osteuropa destabilisiert hat.

Der andere Flügel der Außenpolitik Brandts war die westeuropäische Einigung. Die erste Anspielung Brandts auf Europa gab es 1939 in einem Artikel, den er für eine norwegische Zeitung geschrieben hatte: Träumen von den Vereinigten Staaten von Europa. Er dachte darüber nach, wie Europa den Krieg überwinden und im Frieden zu Strukturen der Sicherheit und Zusammenarbeit gelangen könnte. Erste konkrete Überlegungen zum Beispiel zur Begründung für europäische Strukturen, den Minderheitenschutz und die Integration Deutschlands finden sich in Aufzeichnungen aus Stockholm 1943/44. Deutschland europäisieren war bereits 1946 eins der Schlagwörter. Mit seiner Zustimmung zur Westintegration stand Brandt – was durchaus mutig war – auf der Linie der Adenauerschen Europapolitik. Als Kanzler brachte er Europa zusammen mit anderen einen großen Schritt voran. Er setzte sich für bestimmte Projekte ein: die Erweiterung der EWG unter anderen um Großbritannien, die europäische Währungsunion (Werner Plan) und die europäische politische Zusammenarbeit (EPZ), denn Brandt trat dafür ein aus Europa nicht nur einen gemeinsamen Markt zu machen, sondern ihm eine politische Dimension zu geben.

Ogleich die Ostpolitik 1971/72 sehr umstritten war wurde sie von Schmidt und Kohl fortgeführt. 1989/90 sprach Brandt sich für eine schnelle Einigung beider deutscher Staaten aus, womit er sich auch in der eigenen Partei nicht nur Freunde machte. Jetzt wächst zusammen was zusammen gehört hat er nie gesagt, aber der Satz entspricht seiner Vision. Es ging ihm um das Selbstbestimmungsrecht auch der ostdeutschen Bevölkerung und er sah es als Aufgabe der Politik an dafür zu sorgen, dass es realisiert wurde. Es gab in der Bundesrepublik damals die Befürchtung, dass die schnelle deutsche Einigung diejenige Europas aus dem Gleis werfen könnte. Diese Gefahr hat Brandt gesehen aber nicht geteilt.

## **Auszug aus der Diskussion**

### **Frage:**

Brandt trat schon 1950 für die Westintegration ein. War er auch 1959 am Godesberger Programm beteiligt, das die Westintegration anerkannt hat, aber eigentlich von Wehner vertreten wurde.

### **Antwort:**

Am Godesberger Programm hat Brandt aus größerer Distanz teilgenommen. Er meinte, dass er es in gewissem Sinn bereits praktizierte - Westintegration, Akzeptanz der europäischen Organisationen, der Marktwirtschaft - und man es nicht noch einmal zu Papier bringen müsse. Zu Wehner gab es Differenzen, aber bis zu einer bestimmten Periode hat Wehner ihn gefördert.

### **Frage:**

Adenauers Position war dogmatisch: Wir dürfen uns nicht zwischen die Stühle setzen, keine Politik betreiben, die uns zwischen Ost und West zerreißt. Brandt dagegen knüpft Kontakte, entwickelt eine Ostpolitik und macht gleichzeitig eine sehr aktive europäische Integrationspolitik. Er schaffte die Balance. Ist das nicht der Bruch mit der Adenauerschen Deutschland- und Ostpolitik? Er hat es geschafft in beide Richtungen Politik zu machen.

### **Antwort:**

Es war ein Bruch mit der Adenauerschen Deutschlandpolitik, aber an der Europapolitik hatte Brandt nichts auszusetzen. Man konnte aber von Adenauer 1952 nicht erwarten was Brandt 1972 gemacht hat. Er konnte eine aktive Ostpolitik betreiben, weil die BRD eingebunden war in europäische Strukturen.

### **Frage:**

Stimmt es, dass die drei Westmächte über den Mauerbau 1961 informiert waren, aber sich darüber abstimmten nicht zu reagieren, um nicht einen weiteren, dritten Weltkrieg auszulösen?

**Antwort:**

Das kommt einer Verschwörungstheorie nahe. Brandt hätte auch keine militärischen Aktionen erwartet, aber eine sofortige deutliche verbale Reaktion oder eine symbolische Geste, wie es sie verspätet gab als der US-Vizepräsident Johnson nach Berlin kam.

**Frage:**

Kann man sagen, dass Brandt bis zum Sommer 1961 geglaubt hat, dass die Westalliierten sich tatsächlich für die Einheit Deutschlands einsetzen würden, siehe Art. 7 des Deutschlandvertrags. Man konnte ja schon lange vorher sehen, dass man sich arrangiert hatte.

**Antwort:**

Brandt kannte die Westmächte und die Sowjetunion als Politiker in Berlin. Sein Verhältnis zu den Siegermächten in ihrer Funktion als Siegermächte war von Anfang an schwierig. Brandt hat ein Gefühl dafür entwickelt, dass die Siegermächte sich auf einer anderen Stufe befinden und dass deutsche Interessen auch im Konflikt vertreten werden müssen, aber es durfte dabei nicht zum Bruch kommen.

**Frage:**

Brandt ist Folge der Guillaume-Affäre 1974 zurückgetreten. Was hat ihn dazu bewogen und hat er das später bedauert?

**Antwort:**

Die Affäre Guillaume war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, ein Anlass für den Absprung von der Macht. Er wäre sicher gern weiter Kanzler gewesen, aber er hatte sich auch aufgerieben in der Politik, und er hatte gesundheitliche Probleme. Brandt war politisch und persönlich am Ende seiner Kräfte und er war kein machtbesessener Politiker.

**Frage:**

Visionär erscheint die frühe Thematisierung des Nord-Süd-Konflikts.

**Antwort:**

Brandt hat sozusagen eine neue Karriere entwickelt. Er wurde Präsident der sozialistischen Internationale und hat dahin gewirkt, dass sie sich öffnete gegenüber Ländern aus Afrika, Lateinamerika evtl. auch Asien und wirklich eine globale Organisation wurde. Beim Übergang Spaniens und Portugals zur Demokratie hat Brandt die dortigen Sozialisten unterstützt und als er 1979 zum Präsidenten der Nord-Süd-Kommission bestellt wurde hat er sich mit Wegen beschäftigt stärker Entwicklungshilfe zu leisten. Das ging unter, weil mit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan die Ost-West-Spannung wieder im Vordergrund stand.